

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis:  
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.  
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

E. L. Berlin, 10. Februar.

### Deutscher Reichstag.

37. Plenarsitzung vom 10. Februar, 2 Uhr.

Das sehr schwach besetzte Haus setzt zunächst die Beratung des Antrages über die Koalitionsfrage fort.

Abg. Bach (fr. Vgg.) fordert eine reichsrechtliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, entsprechend den Bestimmungen der Reichsverfassung. Die gegenwärtige Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch die Behörden sei unzulässig. Das man hier am liebsten die Beschwerden darüber vor die Einzelinstanzen verweisen wolle, sei ja begreiflich, denn dort liege die Verantwortung für die Regierungen eine angemessene; aber tatsächlich gehören diese Beschwerden auch vor den Reichstag. Wie sehr es verfassungsrechtlich besonders in Sachsen und Mecklenburg aus! Eine Partei, die sozialdemokratische, die man nicht mit der Reule des Sozialistengesetzes habe durchschlagen können, werde man auch nicht mit den Maßregeln der Schmälerung des Vereins- und Versammlungsrechts überwinden. Leider sei beim Bürger. Gehebe die Gelegenheit verfliegen, wenigstens das Verbindungsverbot aufzuheben, welches sich nur gegen die Opposition richte, während die agrarischen z. Vereine ungestraft miteinander in Verbindung treten dürften. Dabei doch beispielsweise unzulässig wieder Antisemitismus des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsforscher ein Zirkular erlassen an alle landwirtschaftlichen Vereine. Redner beendete weiter auch die Beschränkung des Versammlungsrechts durch oberpräsidiale Sonntagsverordnungen sowie durch die Amtsvorsteher. Sei es doch gekommen, daß ein solcher bei Annahme einer Versammlung des Bauernvereins Nordost die Beschlüsse verweigert habe, falls ihm nicht vorher der Inhalt der zu haltenden Reden mitgeteilt werde. Ein Anderer war höflicher und wollte sich mit einem Ausgange aus dem Neben begnügen. Und wie liege die Auflosungspraxis! Einmal erfolgt eine Auflösung, weil der Nebenbesitzer nicht erschienen, ein andermal, weil über Antisemitismus und Beamte nicht gesprochen werden dürfe. (Heiterkeit.) Ein ostpreussischer Amtsvorsteher habe seine Gedanken durch Gerüchte angeregt, darauf zu achten, daß im Versammlungsort Wasser sei, um einen etwa entstehenden Brand zu löschen. (Heiterkeit.) Derselbe Gerücht schloß: vielleicht gelinge es den Beamten, den Witz dahin zu beeinflussen, daß die Versammlung nicht stattfinden. Auch sonstige Beeinflussungen der Witzse (die Redner mitteilt) befanden, daß sich die Amtsvorsteher nicht fühlten als Behörden, sondern als Partei! Es sei die reine Patschmanwirtschaft. (Rufe: Sehr richtig!) In Br. Holland sei ein Herr wegen Druckschriften-Vertheilung bestraft worden. Vorbereitung einer Versammlung im Augenblick der Abreise aus dem Zuge heraus vom Gendarmen verweigert worden. Und was war auf erhobene Beschwerde die Sühne? Eine kurze Mitteilung des Landrats: „dem betreffenden Beamten sind die erforderlichen Ermahnungen gemacht worden.“ Eine solche Sühne für eine so schwere Unbill! Besonders charakteristisch sei das Verhalten der Behörden gegen den Bauernverein Nordost, dessen Tendenzen doch nicht gegen die Regierung gerichtet seien, sondern nur gegen den junkerlichen Großgrundbesitz. Es gehe die Sage, Preußen sei ein Reichsstaat, und die Gerechtigkeit sei die Grundlage der Staaten. Aber jetzt schäme es, als habe man der Rhein die Hände abgerissen und ihr dafür die agrarische Wille aufgesetzt. Der Antrag über die Koalitionsfrage sei eine sehr wohlwollende Prüfung in der Kommission unterzogen worden. Er verhehle sich nicht, daß nichts zu Stande kommen werde, denn was wir wollen, will die Regierung nicht, und was die Regierung will, wollen wir nicht. Aber er sei dankbar für jede Gelegenheit, die Zustände auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts hier öffentlich zu beleuchten.

Abg. Stolle (Csg.) führt aus, es sei die höchste Zeit, daß es endlich auf diesem Gebiete heiße: Gleiches Recht für Alle! Augenblicklich gebe es für die Arbeiter namentlich für Sachsen so gut wie kein Versammlungsrecht. Der Vorredner habe von einem Falle erzählt, wo ein Amtsvorsteher angeordnet habe, daß auf einen Quadratmeter nicht mehr als 3 Mann kommen dürften. In Sachsen sei es dagegen vorgekommen, daß für 2 Mann 10 Quadratmeter verlangt würden, widerstandslos Auflosung erfolgt. Wie könnten da die Arbeiter von ihrem Rechte Gebrauch machen, das ihnen der § 152 der Gewerbeordnung gewährte, sich zur Erzielung von Lohnverbesserungen zu vereinigen und zu versammeln. Witzse, die ihre Lokale zu Arbeiter-Versammlungen hergeben, verlieren die Tangentenfunktion bei den Beamten, während bei ihren Nachbarn links und rechts das Tanz-„Bedürfnis“ anerkannt werde. Redner vertritt sodann nachdrücklich das Recht auch der Frauen, sich zu versammeln und zu vereinigen. Wie könne man dieses Recht den erwerbstätigen Frauen, die besonders in Sachsen so zahlreich seien, verweigern! In Sachsen werde es sogar den Landtags- und Reichstags-Abgeordneten erschwert, in öffentlichen Versammlungen ihre Rechenschaftsberichte zu erstatten. Als dem Abgeordneten Hofmann-Gemmitz ein Jahr lang ganz unmöglich gemacht worden war, vor seinen Wählern zu sprechen, und als darüber im Landtage Beschwerde geführt wurde, da habe Minister Meißner gesagt, das gehe zu weit, er werde durch Verfügung für Abhilfe sorgen. Und was geschah drei Tage später, als Hofmann in einer Versammlung sprechen wollte? Da wurde zwar die Versammlung nicht verboten, aber — dem Abg. Hofmann wurde verboten, in der Versammlung zu sprechen. (Heiterkeit.) In einem anderen Falle, als die Polizei auf die Ministerial-Verfügung aufmerksamer gemacht wurde, sagte der Beamte einfach: was geht dich der Minister und der Dr. Fischer an! (Große Heiterkeit, da sich Redner dabei direkt an den in seiner Nähe befindlichen sächsischen Geh. Rath Dr. Fischer wendete.)

Abg. Köpcke: Daß die Forderung des Antrages über ein einheitliches Recht eine durchaus begründete ist, ergibt sich ja schon aus der großen Verschiedenheit der Bestimmungen in den verschiedenen Einzelstaaten. Die Herren Sozialdemokraten werden im Neben angeben, daß schon das vor einigen Jahren von

unserer Kommission vereinbart gewesene Vereinsgesetz einen großen Fortschritt darstellen würde. Was heute der Antrag über ein einheitliches Vereinsgesetz zur Annahme kommen, ähnlich werden die verbündeten Regierungen daraus ersähen können, daß es der Wille des Reichstags ist, daß gleiches Recht für Alle gelte. Redner kritisiert sodann die Handhabung des Vereinsgesetzes durch die Verwaltungsbehörden gegenüber den Arbeitern und fordert namentlich auch das Koalitions- und Versammlungsrecht, ohne jede Einschränkung, für die Frauen. Wie ungleich das Vereinsgesetz von den Behörden gehandhabt wird, so bemerkt Redner u. A., zeigt sich daran, daß ich selbst sehr viele Versammlungen abgehalten habe, wo den Anmeldebürokraten nicht genügt war, ohne daß das irgend welche Folgen hatte, Versammlungen, in denen sehr politische Reden gehalten wurden, und denen selbst Minister und Staatssekretäre beiwohnten. Graf Bodowsky hat neulich von bewußten und unbewußten Mitalfern der Sozialdemokratie gesprochen. Nun, ich bin ja stets für das Koalitionsrecht der Arbeiter eingetreten, mich rechnet er also auch wohl zu den unbewußten Mitalfern. (Heiterkeit.) Daß die Bestrebungen der Arbeiter nach Lohnverbesserung berechtigt sind, erkennt ja selbst Stumm mittelbar an, indem er, wie er selbst sagt, die Löhne seiner Arbeiter in den letzten zehn Jahren erheblich verbessert hat.

Abg. Zubeil, gegen von Stumm polemisierend, versteht nicht, wie dieser nach noch mehr Schutz für die Arbeitswilligen gegen den angeblichen Terrorismus Streikender rufen könne. Etwaige Ausdehnungen von Streikenden gegen arbeitswillige Arbeiter würden doch wahrlich schon jetzt prompt und schwer genug bestraft, wie sich statisch erweisen lasse. Redner giebt dann eine Aufzählung der in der näheren Umgebung von Berlin aufgestellten und verbotenen sozialdemokratischen Versammlungen. Diese und ähnliche Ungerechtigkeiten müssen beseitigt werden.

Abg. Zengmann hat erklärt, daß er seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurückzieht. Der Antrag kommt demnach zur zweiten Lesung vor das Plenum.

Darauf vertagt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung morgen 2 Uhr.  
 Tagesordnung: Kolonial-Gesetz, vorher Auswärtiges Amt.  
 Schluß 6 Uhr.

E. L. Berlin, 10. Februar.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

18. Plenarsitzung vom 10. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. d. Neke, v. Miquel, Thiele und Kommissarien.  
 Die gestern abgebrochene erste Beratung der Ueberschwemmungsvorlage wird fortgesetzt.  
 Abg. v. v. v. (Konj.) legt ausfüßlich dar, daß die in der Vorlage bewilligten Mittel nicht ausreichen. Weiter wendet sich der Redner gegen die gestrigen Darlegungen des Regierungskommissars, dem die Verhältnisse in einzelnen Flussgebieten nicht bekannt zu sein scheinen, denn er habe über einzelne Gebieten unrichtige Angaben bezüglich der bisherigen Wasserbauten gemacht, namentlich über die Gegend an der unteren Oder.

Regierungskommissar Geh. Rath Keller behauptet, mißverstanden zu sein; er habe nicht gesagt, daß die Gegend an der unteren Oder genügend geschützt seien, sondern nur, daß sie in früheren Jahren gute Ernten gemacht habe.  
 Regierungskommissar Frhr. v. Seherr, Thob empfiehlt zur Abwendung künftiger Ueberschwemmungen an der unteren Oder die Bildung neuer Genossenschaften und deren Beweibung beim Oberpräsidenten um Regierungsunterstützung. Die Regierung habe auf die Entziehung der Beiträge bereits verzichtet, die Provinz werde voraussichtlich dasselbe thun.

Regierungskommissar Geh. Rath Köpcke bemerkt bezüglich der Schadloshaltung, daß die Berechnung der Regierung nur die Schäden der Hochwasserstände betreffe, während Herr von Arnim den Gesamtschaden berechnet habe.  
 Abg. Knack (Konj.) schätzt ebenfalls den Schaden höher, als die Regierung denselben berechnet.

Abg. von Buddenbrock (Konj.): Der Kreis Glogau nimmt an den Segnungen der Vorlage leider nicht Theil, obwohl dort Schäden im Betrage von über 300 000 Mark entstanden sind; Redner bittet, den Kreis Glogau mit unter diejenigen Landesheile aufzunehmen, auf welche sich die Vorlage erstrecken soll.

Abg. Graf Strachwitz (Str.) protestiert gegen die Gleichgültigkeit, mit welcher die Regierung sich den Versicherungen gegenüber verhalten hat. Im Lande und namentlich unter der berechtigten Bevölkerung herrsche hierüber gerechte Entrüstung. Die Arbeit der Soldaten war durchaus keine hervorragende, namentlich fehlte die einheitliche, planmäßige Anweisung. Jedenfalls hat die Regierung ziemlich lange gewartet, ehe sie sich überhaupt entschlossen hat, eine Entscheidung zu gewahren; das ist um so bedauerlicher, als die Provinz so stark belastet ist, daß sie größer Summen nicht mehr aufbringen kann. Inwiefern bei der Regierung ein Nichterkennen des Umfangs der Versicherungen die Ursache ihres wenig entgegenkommenden Verhaltens ist, kann man zwar nicht unterscheiden, aber es wäre doch gut, wenn die Regierung sich bald genauer unterrichte und ihren lediglich abwartenden Standpunkt aufbebe. Wie wohlthuend hat es in Sachsen und Ostpreußen berührt, daß alsbald die Landesherren im Ueberschwemmungsgebiet erschienen; bei uns dauerte es geraume Zeit, ehe man an der obersten Stelle die nötigen Verfügungen erlassen hatte. Vor der Anlage von Sammelbecken sei zu warnen, die 30 Millionen würden weggeworfen sein. Die Anlage der Bahndämme ist vielfach gefährlich, da sie als Stane wirken. Beim Bau der Bahnen ist von den Behörden vergeblich auf die Gefahr hingewiesen worden; die Baumeister erklärten die Bedenken für ungründet.

Minister v. Miquel: Die Behauptung, die Regierung habe das Ansinnen der Behörden um Milderung abgewiesen, ist durchaus unwahr und ich erwarte, daß ein so erster Mann, wie Graf Strachwitz, die Beweise für seine Behauptungen in der Tasche hat. Da wir in Berlin nicht wissen konnten, was gebraucht wurde, so habe ich angefragt, ob etwa noch Summen nötig sind. Es wurde geantwortet: Nein. Unrichtig ist es auch, daß wir die Ueberschwemmungen zunächst auf die Provinzial-Mittel angewiesen haben. Ich hoffe, daß Graf Strachwitz auch hierfür die Beweise erbringen wird. Daß wir die aus den Ueberschwemmungen gewählte Unterstützung auf die Gesamtunterstützung angerechnet haben, ist doch selbstverständlich.

Abg. Frhr. v. Willen (L.) schildert die beständige Ueberschwemmungsgefahr und die Ueberschwemmungen im Spreewalde und bittet die Regierung, sich davon zu überzeugen, daß der Kreis Lübben mit zu den Folge der Ueberschwemmung nicht verbleibenden gehöre.  
 Abg. Köpcke (Str.) bittet um Erhöhung der in das Gesetz eingezeichneten Summe und eine Beschleunigung der Vorlage betr. die Verhütung der Ueberschwemmungen.  
 Abg. Frhr. v. Willen (L.) hofft, daß die Regierung sich einer Erhöhung der Unterstützungssumme nicht widersetzen werde.  
 Abg. Reimnitz (nl.) schildert die Verhältnisse aus einigen von der Ueberschwemmung heimgegriffenen Städten. Den Kleinrentnern habe die Regierung früher bereits die Rückzahlung der empfangenen Gelder erlassen; den Großgrundbesitzern falle aber die Rückzahlung ebenfalls schwer. Er bittet bei der Rückforderung nachsichtig vorzugehen, denn die Großbesitzer empfinden die Noth ebenso schwer, wie die kleineren und werden durch die Rückzahlungspflicht hart bedrückt.  
 Abg. Frhr. v. Seherr, Thob widerlegt einige Angaben des Vorredners über die mangelhafte Eindeichung bei einzelnen Ortschaften. Auf das Eindeichungsprojekt, das kürzlich von der Regierung für einen oberirdischen Ort aufgestellt wurde, gingen sofort zahlreiche Gegenpetitionen ein.  
 Abg. Sehtler (L.) erörtert die Ueberschwemmungsverhältnisse der Mulde bei Wittenfeld und wünscht baldige Regulierung derselben.  
 Reg.-Komm. Geh. Rath Frank theilt mit, daß die nötigen Vorarbeiten für die Muldenregulierung bereits in Angriff genommen sind, es handle sich aber noch darum, festzustellen, inwieweit die Provinz zu den Kosten beizutragen hat.  
 Abg. v. v. v. (Konj.) hält die Summe nicht für ausreichend.  
 Minister v. Miquel kommt nochmals auf die Rede des Grafen Strachwitz zurück. Seine Majestät habe von Anfang an die bestmögliche Theilnahme für die überflutheten Landesheile bekundet und nur dringende anderweitige Dispositionen verhindert das spätere Eintreffen seiner Majestät im Ueberschwemmungsgebiet. Uebrigens nehme ich an, daß Graf Strachwitz auf diesen Dingen keine Kritik hat üben wollen. Gegen die Vorwürfe, die gegen das Staatsministerium gerichtet waren, nehme ich dasselbe in Schutz; ich glaube auch, ich habe nicht nötig, dasselbe gegen den Vorwurf, ihm diese Dinge in die Schuhe zu schieben, zu vertheidigen.  
 Abg. Graf (freil.) gönnt den sächsischen Gegenden die öffentliche Sympathie, bittet aber den sächsischen Gegenden die notwendigen Mittel zu gewähren, damit die Provinz nicht überlastet werde.  
 Abg. v. v. v. (Konj.) erörtert einzelne Unterstufungsfälle und findet das Verhalten der Regierung nicht entgegenkommen genug.  
 Abg. v. v. v. (Konj.) behauptet, daß die Ueberschwemmungsvorlage in dieser Session nicht mehr zu erwarten ist; die gleichmäßige Regulierung der Oder ist namentlich im Interesse der Bewohner an der unteren Oder dringend nötig; die Wasserbauarbeiten können doch die begonnenen Arbeiten nicht unvollendet liegen lassen.  
 Abg. v. v. v. (Konj.) tritt für die Regulierung der Spreewaldgegend ein, da dieselben wiederholt ausgebreitet seien.  
 Abg. Götze (freil. Vgg.) wünscht eine genauere und gerechtere Prüfung der Leistungsfähigkeit der Unterstufung und monirt den Fall, wo ein Amtsvorsteher aus der ihm zur Verfügung überwiehene Summe von Ueberschwemmungen zuerst die Steuern vorwegnahm. Weiter bemerkt Redner, daß man bei der Regulierung der Hauptflüsse häufig die Regulierung der Nebenflüsse übersehe oder verabsäume, wodurch die Ueberschwemmungen gefördert werden.  
 Abg. Dr. Porck (Str.) bedauert, daß für die Kreise Glogau, Gabelwerder, Neurade, die Beschädigungen in Höhe von über 400 000 Mark erlitten haben, Staatsentschädigungen nicht in Aussicht genommen sind; er beklagt sich vor, in der Kommission darauf zurückkommen.  
 Regierungskommissar Köpcke bemerkt, die Fassung des Gesetzes gebe keinen Anlaß zu der Beforgnis des Vorredners.  
 Abg. Graf Strachwitz bemerkt zu dem Vorwurfe des Ministers Miquel, daß er eine Beschuldigung gegen das Ministerium auszusprechen unterlassen habe, er habe nur über Meinungen in der Debatte Mitteilung gemacht. Eine Kritik der höchstschönen Entschuldigungen habe ihm fern gelegen.  
 Die Vorlage geht an eine besondere 28er-Kommission.  
 Hierauf wird die Spezialberatung des Baustats fortgesetzt.  
 Die Abg. v. v. v. (nl.) und v. v. v. (nl.) wiederholen für die Regulierung des Rheines ein, wozu die Regierung nach der Rheinschiffahrts-Akte verpflichtet sei.  
 Vom Regierungstische wurde bestritten, daß dieser Vertrag eine solche Verpflichtung enthalte.  
 Auf eine Anregung des Abg. Fiedler (fr. Vp.) erwiderter Minister Thiele, daß die Nothwendigkeit eines besseren Schutzes der Stabi Böfen gegen Hochwassererfolge anerkannt wird. Der Staat habe seine Verantwortlichkeit zu Beiträgen ausgesprochen, doch habe ein früheres Projekt die Billigung der Regierung nicht gefunden, wohl aber ein neues vom Oberbürgermeister von Posen aufgestelltes Projekt, dessen Ausführung staatliche Unterstützung nicht erfordert.  
 Abg. Schmidt-Warburg wünscht einen Hafen in Döber.  
 Vom Regierungstische wird erwidert, daß in Döber die Anlage eines Sicherheits- und Umschlaghafens geplant werde.  
 Hierauf vertagt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.  
 Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Fortsetzung.

### Deutschland.

× Berlin, 10. Februar. Se. Majestät der Kaiser widmet bekanntlich sein Interesse insbesondere der Befestigung der in den von der Hochwasserkatastrophe des vorigen Jahres heimgegriffenen Landstrichen hervortretenden Nothstände und namentlich auch der Frage, durch welche Vorkehrungen einer Wiederholung ähnlicher Versicherungen nach Kräften vorgebeugt werden kann. Es veranlaßt, daß der Kaiser dieses besondere Interesse auch in der nächsten Zeit dadurch betätigen dürfte, daß die Beschlüsse, welche in dieser Beziehung von Seiten der Staatsregierung zu fassen sind, Gegenstand der Verathung in einem in der nächsten Woche abzuhaltenden Kronrathe bilden sollen. Man darf überzeugt sein, daß alle Maßregeln, welche zur Erreichung des angestrebten Zieles dienlich sind und schon jetzt getroffen werden können, ohne Verzug in die Wege geleitet werden.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Militärstrafprozessreform berathet heute das Einführungsgesetz. Auf Antrag Gröbers wird beschlossen, daß das Gesetz spätestens am 1. Januar 1901 in Kraft treten soll. Beim § 33 (Einführung des Gesetzes in Bayern) bemerkt Abg. v. v. v. (Str.), daß man in Bayern unbedingt am Reservatrecht festhalte. Werde das Gesetz verabschiedet, ohne daß dem bayerischen Antrage auf einen obersten Gerichtshof Genüge geschehe, so werde dies das Eintreten einer sehr schweren Krise in der inneren Politik des Reiches bedeuten. Kriegsminister v. v. v. erklärt, eine Majorisierung Bayerns im Bundesrathe sei ausgeschlossen. Die Regierungen seien bereit, eine Verständigung herbeizuführen, eine solche sei aber jetzt noch nicht erzielt worden, deshalb müsse die Erörterung dieser Frage ausgelegt werden. Der bayerische Bevollmächtigte Graf Lerchenfeld bekräftigt, daß Bayern an seinem Reservatrecht festhalte. Die Kommission beschließt dann, die Einführungsgesetze über § 33 auszuheben. Darauf ist die erste Lesung des Einführungsgesetzes beendet und es wird über den Entwurf betreffend die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten debattiert. Gröber (Str.) beantragt einen Zusatz, daß die Errichtung eines Disziplinarhofes für Bayern der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben soll. Kriegsminister v. v. v. erklärt diesen Zusatz für überflüssig, da der Bundesrat sich dem Sinne nach diesem Antrage anschließen werde. Nachdem aber Graf Lerchenfeld den Wunsch ausgesprochen, daß jener Zusatz im Gesetz ausdrücklich stehe, wird der Antrag Gröbers angenommen, womit auch dieses Gesetz in erster Lesung beendet ist.

In der Budgetkommission des Reichstags wurden heute zunächst die Einnahmen des Reichs an Zöllen, Verbrauchssteuern und Abgaben nach den Anlagen des Etats unverändert genehmigt und sodann in die Verathung des Militärkredits eingetreten. Bei den Ausgaben wurde auf Vorschlag des Referenten zuerst Art. 1 von Kap. 37 erörtert, welcher die Reineinrichtung der „Feldzeugmeisterei“ betrifft. Die Mehrkosten betragen 9600 Mark. An die Spitze wird ein Feldzeugmeister mit 16 500 Mark gestellt. Kriegsminister v. v. v. betont zur Begründung des Antrages besonders die Nothwendigkeit einer scharfen Kontrolle, für welche eine verantwortliche Persönlichkeit eintreten müsse, da der Minister wegen seiner übrigen umfangreichen Dienstpflichten dazu außer Stande sei. Der Feldzeugmeister werde vom Minister ernannt, habe aber seine Vorschläge dem Kaiser direkt zu unterbreiten. Der Titel wurde bewilligt, ebenso die entsprechenden Fortreibungen für das bayerische und württembergische Kontingent. Die Verathungen werden morgen fortgesetzt.

Eine Kommission von Mitgliedern des Reichstages hat gestern Abend in München ein. Heute findet bei der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen eine Konferenz statt, die nach den „München N. N.“ voraussichtlich verhandelt auf die Betriebsverhältnisse Bezug habende Angelegenheiten zum Gegenstande hat.

Im Abgeordnetenhaus hat der Kultusminister mitgeteilt, daß der in der Thronrede angeführte Gesetzentwurf über die Gehälter der Geistlichen dem Abgeordnetenhaus in der nächsten Zeit zugehen werde und daß hierüber bereits Verhandlungen mit den katholischen Bischöfen eingeleitet seien. Hierzu bemerkt die „Germ.“, daß wenn die Regierung kein größeres Entgegenkommen zeige als bisher und auf dem Standpunkt, den die Bischöfe abgelehnt hätten, beharre, so daß eine Vorlage ohne Vereinbarung mit den Bischöfen eingebracht würde, so werde das Zentrum der Vorlage den entschiedensten Widerstand entgegenstellen.

Mit dem Tendenzmärchen von dem „Strochflecher Paul Meichers“, mit dem die ultramontane Presse ihren Fehlschritt in der Kulturkampfbewertung aufwiegt, hat sich auch das Abgeordnetenhaus einmal zu beschäftigen gehabt. Dem Abg. Dr. Friedberg, der darauf hingewiesen hatte, daß die Jagdschichte wieder einmal erzählt worden sei, antwortete Justizminister Schöndt, daß aus den von ihm eingezeichneten Akten hervorgehe, Strochflecher Meichers sei in der Zeit, wo er in Köln eine Strafe zu verbüßen hatte, mit größtmöglicher Mäßigkeit behandelt worden. Er habe zuerst drei, dann zwei Strichen zu seiner Verurteilung gehabt, deren jede zwei Fenster hatte, und die mit neuen Möbeln ausgestattet worden waren. Der Strochflecher hatte seine Speisen sich täglich dreimal aus der eigenen Küche holen lassen. Täglich habe er dreimal einen Spaziergang machen können und es sei darauf gesehen, daß er dabei mit anderen Gefangenen nicht in Verührung kam. Der Strochflecher selbst hat auch nach seiner Entlassung seinen Dank ausgesprochen für die schonende Behandlung, die ihm im Gefängnisse zu Theil geworden sei. Wie hat nun das Märchen von dem Strochflecher Meichers trotzdem aufkommen können? Der Herr Justizminister hat dafür folgende Erklärung gegeben. Eine der Listen, die in den Gefängnissen über die Beschäftigung der Gefangenen geführt werden, hat auf der einen Seite die Ueberschrift „Strochflecher“ getragen. In diese Liste ist aus einem nicht aufgeführten Versehen eines Unterbeamten der Name des Strochflüchlers mit eingetragen worden, aber mit dem ausdrücklichen Zusatz: „Selbstbestätigung, nicht beschäftigt“. Wird nun die ultramontane

Tendenzliste verstimmen? Man möchte das bezweifeln, wenn man liest, was die „Germania“ schreibt, trotzdem sie die Ankerungen des Justizministers korrekt wiedergibt. Sie gesteht zunächst zu, daß in der Mitteilung der Thatsache, daß der Strochflecher mit Strochflüchler beschäftigt gewesen ist, ein Irrthum unterlaufen ist. „Andererseits aber bleibt“, so schreibt das Blatt, „bestehen, daß der Strochflecher von dem Gefangenen ausseher in der Riste der Sträflinge als „Paulus Meichers, Strochflecher“ aufgeführt worden ist. Wir wollen hont zu Tage, wo Jüdischhoff genug aufgebracht ist und genug Unzufriedenheit herrscht, die Schatten einer traurigen Zeit . . . nicht heraufbeschwören, konstatiren aber wollen wir doch, wie selbst nach dem nunmehr festgestellten Thatsache die Worte „Paulus Meichers, Strochflecher“ aere perennius in die Geschichte jener Zeit eingegraben sind.“ Den Thatsache haben wir oben nach dem Bericht der „Germ.“ über die Rede des Justizministers festgestellt. Trotzdem sucht das Blatt wenigstens einen Theil der Tendenzliste zu retten. So wird man sich nicht wundern können, wenn bald wieder die ganze Geschichte als „verbürgte Wahrheit“ verbreitet wird. Mit dem Märchen von der Gefangenschaft des Papstes ist es nicht anders gegangen.

Die Unterstufung des Baues von Arbeiterwohnungen durch die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten wird immer auffassender. Während am Ende 1896, also nach Verlauf von 5 Jahren seit dem Inkrafttreten des Gesetzes, 12,1 Millionen dafür verwendet worden waren, waren Ende 1897 für den Bau von Arbeiterwohnungen 21,4 Millionen bereitgestellt oder hergegeben. In dem letztverflossenen Jahre wurden also 9,3 Millionen für Arbeiterwohnungen angelegt, während auf den Durchschnitt der fünf vorhergehenden Jahre 2,4 Millionen entfielen. Es läßt sich an diesem Unterchiede sehen, daß die Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten immer mehr den Werth der Vergabe von Geldern für den Bau von Arbeiterwohnungen erkennen, was in Hinblick auf den hohen sozialpolitischen Werth, den dieser Bau hat, sehr erfreulich ist. Da das Gesetz den Kommunalverbänden bezug. den Zentralverbänden der Bundesstaaten, für welche die Versicherungsanstalten errichtet sind, gestattet, bis zum vierten Theile das Vermögen der letzteren anders anzulegen, als dies für die Vermögen der Berufsvereinigungen vorgeschrieben ist, und die Vermögen der Versicherungsanstalten sich auf mehrere Hunderte von Millionen belaufen, so würde kein Hindernis im Wege stehen, daß der Bau von Arbeiterwohnungen noch kräftiger als bisher aus den Vermögen der Versicherungsanstalten unterstützt wird.

### Frankreich.

Paris, 10. Februar. „Aurore“ erzählt, der Polizeipräsident habe zu einem ihrer Mitarbeiter geäußert, falls der Vertheidiger Jolas die Sache in die Länge ziehen sollte, könne er für die Ordnung nicht mehr aufpassen. „Aurore“ sagt, das sei geradezu eine Freivolung.

Dasselbe Blatt protestirt dagegen, daß von Drumont und Konforten aufgereizte Pöbelmassen von der Polizei unbehindert den Justizpalast umgeben dürfen, so daß ihr Jola bedrohen könne. Jola bis in den Gerichtsaal dringe. Die Regierung bulde stillschweigend eine ahnlose Freivolung auf die Geschworenen.

Während ein Theil der Presse die Aussagen der Generale Boisdeffre und Mercier als gradezu niederflüchelnd für Jola erklärt, finden andere Blätter, daß Mercier stillschweigend die Existenz der geheimen Schriftstücke zugestanden habe. Hofeort tritt heute seine Gefängnisstrafe an.

### England.

London, 10. Februar. Cecil Rhodes sagte bei einem Interview, daß er mit einem Korrespondenten der „Western Mail“ hatte, in weniger als zwei Monaten werde der Telegraph arbeiten auf tausend Meilen von Uganda aus und die ägyptische Regierung werde ihr Drabnetz bis Chartum ausdehnen, das ohne Zweifel bald erreicht werde. Es stehe zu erwarten, daß man in kurzer Zeit Depeschen von Kairo nach dem Kap senden könne.

Die Erinnerung, tauchte vor einiger Zeit die Nachricht auf, daß England als Kompensation für die Besetzung Kiautschows einen nicht unbeträchtlichen Ertrag Jolas in der Nähe von Hongkong von China verlangt und erhalten habe. Es stellte sich freilich bald heraus, daß es sich nur um eine relativ unbedeutende Abtretung handle, die lediglich der strategischen Befestigung von Hongkong dienen sollte; das Nähere darüber wird jetzt in englischen Blättern folgendermaßen mitgeteilt:

Es handelt sich um eine Erweiterung der britischen Konzession in Kaulung. Kaulung wurde 1861 gegen China an Großbritannien abgetreten. Es liegt Hongkong gegenüber. Die Grenzlinie soll einige englische Meilen weiter nördlich laufen, sowohl in militärischer, wie in kommerzieller Interesse. Gegenwärtig ist Hongkong im Kriegsfall dem Feuer der Artillerie auf dem Festlande ausgesetzt. Erhält England Kaulung, so können dort Befestigungen angelegt werden zum Schutze Hongkongs. Auch der Industrie würde in Kaulung ein neues Feld eröffnet werden, das besonders der Rattun-Industrie. Das Klima ist gut, und an intelligenten chinesischen Arbeitern herrscht auch kein Mangel. Das Rohmaterial läßt sich ohne Schwierigkeit nach Kaulung schaffen. In Hongkong ist gegenwärtig kein Platz für Anlage großer Fabriken. China würde durch die Konzessions-Erweiterung nicht benachtheiligt werden. Denn das kleine Stück Land, welches England erwerben möchte, ist dürr. Auch keine andere Macht würde Schaden dadurch erleiden, während die britischen Interessen in Hongkong eine große Förderung erfahren würden.

### Rußland.

Petersburg, 10. Februar. Bei Besprechung der Rede, welche der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, Staatsminister von Bülow, vorlegte im deutschen Reichstage gehalten hat, hält die „Kowojew Wremja“ eine Trennung der Großmächte nach dieser Rede nicht mehr für wahrscheinlich. Die „Petersb. Ztg.“ meint: die überlebenden Versicherungen des Staatsministers von Bülow dürfen als eine willkommene Er-



Bank für Spirit		Bank für Spirit	
10. Proct. 3 1/2	72,506	Disc.-Com. 8	202,506
Berf. 6 1/2	4,139,906	Dress. B. 8	163,906
10. Sölge. 4	172,705	Nationalf. 8 1/2	156,256
Bresl. Disc. 6 1/2	122,606	Dom. Hyp. 6	153,406
Darmst. G. 8 1/4	153,606	Br. Centr.- 9	171,106
Deutch. B. 9	209,606	Reob. 7 1/2	169,706
Düss. Gen. 5	118,206		

  

Gold- und Papiergeld.		Gold- und Papiergeld.	
Dufaten per St. 9,735	Engl. Banknot. 20,406		
Souperces 21,396	Franz. Banknot. 50,906		
20 Freic.-Stücke 16,305	Oester. Banknot. 170,006		
Gold-Dollars 4,1856	Russische Not. 216,606		

  

Bank-Discount.		Wechself. Cours 9/10.	
Reichsbank u. Lombard 5 Proct.	Privatbank 2 1/2 %		
Amsterdam 8 T. 2 1/2 %	169,306		
do. 2 M. 2 1/2 %	168,556		
Belg. Plätze 8 T. 2 1/2 %	80,806		
do. 2 M. 2 1/2 %	80,556		
London 8 T. 2 %	20,426		
3 M. 2 %	20,296		
Paris 8 T. 2 %	80,906		
do. 2 M. 2 %	80,656		
Wien. 5 M. 8 T. 2 %	169,956		
do. 2 M. 4 %	169,056		
Schweiz.-Pl. 8 T. 3 %	80,466		
Ital. Pl. 10 T. 5 %	76,706		
Petersburg 8 T. 4 1/2 %	216,106		
do. 2 M. 4 1/2 %	214,006		







